



Niederschrift 57. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 26.02.2009
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	20:07 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	anwesend von 16:40 Uhr (TOP 2) bis 19:55 Uhr (TOP 11)
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	anwesend ab 16:40 Uhr (TOP 2)
Herr Harder, Dirk		
Herr Dr. Henrich, Lutz		
Frau Krüger, Christine	CDU	anwesend ab 16:35 Uhr (TOP 2)
Herr Lehmann, Carsten		
Herr Liebe, Thomas		
Frau Parthum, Ute		
Herr Wernick-Otto, Frank	B 90/Die Grünen	
Herr Schweers, Norbert	Jugendamtsleiter	
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	

Nicht anwesend sind:

Herr Wartenberg, Claus	SPD	entschuldigt
Herr Voehse, Gregor	Die Andere	entschuldigt
Frau Basekow, Angela		entschuldigt
Frau Eiserbeck, Edeltraud	CDU	entschuldigt
Frau Scheuerer, Sabina Gleichstellungsbeauftragte		entschuldigt

Gäste:

Frau Matthesius-Handorf	AKKJ
Frau Prof. Dr. Weiss, Karin	Landesintegrationsbeauftragte
Frau Kantak, Katrin	Landeskooperationsstelle Schule-Jugendhilfe
Frau Strotzer, Sybille	Zentrale Steuerungsunterstützung
Herr Richter, Bernd	Kommunaler Immobilien Service
Frau Spyra, Martina	Schrifführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 15.01.2009

- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Bericht der Unterausschüsse und AG's nach § 78 SGB VIII
- 4 Diskussion zum Thema: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Potsdam mit der Landesbeauftragten für Ausländerfragen, Frau Prof. Dr. Weiss
- 5 Information zum Schulneubau Pappelallee
- 6 Zwischenbericht zum "Modellprojekt Lotsenservice beim Übergang Kita - Grundschule"
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 7.1 Koordinierungsstelle Lokale Bündnisse Familie
Vorlage: 08/SVV/1115
Fraktion SPD, Fraktion CDU/ANW
 - 7.2 Bürgerhaushalt 2009 - Liste der Bürgerinnen und Bürger
 - 7.3 Haushaltssicherungskonzept 2009 - 2012
Vorlage: 09/SVV/0039
Zentrale Steuerungsunterstützung
 - 7.4 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 09/SVV/0040
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
 - 7.5 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2010
Vorlage: 09/SVV/0041
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
 - 7.6 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2009
Vorlage: 09/SVV/0087
Kommunaler Immobilien Service
- 8 Anträge
 - 8.1 Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarung für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0025
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
 - 8.2 Anerkennung des Vereins Chill out e.V. als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII
Vorlage: 09/SVV/0157
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
 - 8.3 Anerkennung des Vereins zur Förderung innovativer Wohn- und Lebensformen e.V. als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII
Vorlage: 09/SVV/0158
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 15.01.2009**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Müller. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Tagesordnung

Frau Dr. Müller schlägt vor, aufgrund des Umfangs der Tagesordnung auf jeden Fall die Tagesordnungspunkte 7.2 bis 7.6 sowie den TOP 11 zu behandeln, da hierzu ein Votum des Jugendhilfeausschusses abgegeben werden muss. Sie informiert, dass Herr Müller-Zinsius gebeten hat, den Tagesordnungspunkt 5 „Information zum Schulneubau Pappelallee“ erst dann aufzurufen, wenn er anwesend ist. Er wird sich aufgrund eines anderen Termin voraussichtlich verspäten.

Dem Vorschlag der Vorsitzenden wird zugestimmt.

Abstimmung zur Tagesordnung:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

Bestätigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 15.01.2009

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass als Tischvorlage die Dokumentation zur Veranstaltung zu Jugend- und Soziokultur vom 18.12.2008 als Anlage zum Protokoll ausgereicht wurde.

Abstimmung zum Protokoll:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 **Informationen des Jugendamtes**

Malteser Treffpunkt Freizeit – Kindermusiktheater „Buntspecht“

Herr Schweers informiert, dass zwischenzeitlich eine Elternversammlung zum Kindermusiktheater „Buntspecht“ durchgeführt wurde. Am 27.02.2009 gibt es einen Gesprächstermin mit der Hausleitung des Malteser Treffpunkt Freizeit. Er macht deutlich, dass die Entwicklung des Kindermusiktheaters aus Sicht der Verwaltung einen positiven Verlauf nimmt.

Fachtagung „Mediensucht“

Herr Schweers weist auf den mit den Sitzungsunterlagen ausgereichten Flyer zu Fachtagung „Mediensucht - Vom exzessiven Medienkonsum zur Abhängigkeit?“ am 18. März 2009 von 9:30 Uhr bis 17:00 Uhr im Alten Rathaus Potsdam hin.

Lindenpark

Frau E. Müller informiert, dass der Hauptausschuss am 25.02.2009 den Betreiberwechsel des „Lindenpark“ zum 01.03.2009 an die „Stiftung SPI“ beschlossen hat.

Informationen der Ausschussvorsitzenden

Frau Dr. Müller informiert, dass die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 28.01.2009 bei drei Anträgen entgegen dem Votum des Jugendhilfeausschusses entschieden hat. Es handelt sich um die Drucksachen 08/SVV/0923 (Kostenloses Schulesen), 08/SVV/0839 (Soziologische Jugendbefragung) und 08/SVV/0712 (Einheitliche bauliche- und Ausstattungsstandards für Schulen, Kitas und Horte).

Sie weist auf eine Einladung zur Fachtagung für Lokale Bündnisse am 26. und 27. Mai 2009 hin, die alle JHA-Mitglieder per e-Mail erhalten haben.

Anschließend verweist Frau Dr. Müller auf das Schreiben des Kita-Ausschusses der Kita „Baumschule“, welches an alle JHA-Mitglieder als Tischvorlage ausgereicht wurde.

Herr Schweers informiert, dass eine Sanierung bereits durch den Träger zugesagt war. Dieser hat zwischenzeitlich diese Zusage zurückgezogen. Die Verwaltung prüft jetzt ihre Möglichkeiten und informiert dann den Jugendhilfeausschuss über das Ergebnis. Der Standort muss erhalten bleiben.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung sich mit dem Brief befasst.

Herr Messerschmidt ergänzt, dass sich der Kita-Ausschuss während der vier Jahre, in denen er dort Mitglied war, mit dem Thema befasst hat. Er regt an, dringend mit dem Träger einen Termin zu vereinbaren. Er empfiehlt einen gemeinsamen Termin mit dem Träger, dem Schulverwaltungsamt und dem Jugendamt zu führen.

Herr Wernick-Otto bittet, für die Sitzung des Unterausschusses die Prioritätenliste zur Sanierung von Kitas unter Einbeziehung der Mittel aus dem Konjunkturpaket vorzulegen.

Frau Schulze fragt, wann der Träger Abstand von der Sanierung genommen hat.

Herr Schweers kann dazu keine Aussage machen, da die Absprachen mit dem KIS geführt wurden.

Herr Liebe nimmt nochmals Bezug auf die Information der Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses zum Umgang der Stadtverordneten mit Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses. Er fragt, ob ggf. die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses hier die Fraktionen unterstützen können, um derartigen gegensätzlichen Entscheidungen entgegen zu wirken.

Frau Schulze betont, dass die Ausschussvorsitzende diese Drucksachen in der Stadtverordnetenversammlung so vertritt, wie sie im Jugendhilfeausschuss beraten und votiert wurden.

Herr Wernick-Otto kann sich die Situation nur so erklären, dass der Jugendhilfeausschuss stärker die Interessen der Jugend im Blick hat, die Stadtverordnetenversammlung dagegen die Belange der gesamten Stadt zu berücksichtigen hat.

Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des B-Planes Nr. 41 „Medienstadt“

Frau E. Müller informiert, dass erstmalig in der Landeshauptstadt Potsdam ca. 20 Kita-Plätze fehlen. Die LHP ist dabei, dieses zu kompensieren. Dazu gehört u.a. auch die geplante Kita in der Medienstadt.

Die Ausschüsse Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung sowie Stadtplanung und Bauen haben sich im Zusammenhang mit der Diskussion zum Aufstellungsbeschluss gegen den Bau der Kita entschieden, um die Trassenfreihaltung der Tram-Strecke nicht zu gefährden.

Sie macht deutlich, dass aus ihrer Sicht der Bau einer Kita durch die Freihaltung einer Tramstrecke nicht gefährdet werden sollte.

zu 3 Bericht der Unterausschüsse und AG´s nach § 78 SGB VIII

AKKJ

Frau Matthesius-Handorf informiert, dass sich der AKKJ mit dem Stadtjugendring zur Schnittstelle Jugendkultur und offene Kinder und Jugendarbeit verständigt hat. Die Geschäftsordnung wurde überprüft und den aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Des Weiteren gab es eine Verständigung zur Einführung der Qualitäts- und Leistungsvereinbarungen. Diese wird vom AKKJ befürwortet.

Frau Dr. Müller bittet, das Ergebnisprotokoll der Sitzung des AKKJ den JHA-Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Frau Mathesius-Handorf sagt dies zu.

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Liebe informiert, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung in seiner letzten Sitzung mit den heute auf der Tagesordnung stehenden Drucksachen befasst hat.

Dem neuen Jugendhilfeausschuss wird empfohlen, die Adoptionsvermittlung und den Vollzeitpflegedienst auf die Tagesordnung des Unterausschusses zu setzen.

zu 4 Diskussion zum Thema: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Potsdam mit der Landesbeauftragten für Ausländerfragen, Frau Prof. Dr. Weiss

Frau Prof. Dr. Weiss gibt einen Überblick über den Anteil an Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung und macht dabei deutlich, dass es im Land Brandenburg einen Ausländeranteil von 2 % gibt. Der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund beträgt 5,5 %.

Sie informiert auch darüber, dass über 70 % der Ausländer weniger als 10 Jahre im Lande sind. Wichtig ist aber auch, dass 20 % der Zugewanderten in Brandenburg mindestens einen Fachschulabschluss haben.

Anschließend gibt sie einen Überblick über den Anteil der unter 25 Jährigen sowie den Anteil an Kindern und Jugendlichen in den neuen Bundesländern.

Frau Prof. Dr. Weiss macht auch deutlich, dass die kulturelle Vielfalt als Ressource und Innovationspotenzial genutzt werden sollten, ebenso wie auch die interkulturelle Kompetenz und die religiöse Vielfalt.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass dieses Thema eigentlich einer intensiveren Fachdiskussion bedarf.

Frau Grasnick erachtet es als wichtig, dass es in Potsdam ein Integrationskonzept gibt. Hervorzuheben ist aus ihrer Sicht auch, dass in Potsdam die Mehrsprachigkeit in Kitas gefördert wird und die religiöse Vielfalt ein Thema ist.

Herr Dr. Henrich verweist auf den Sport und fragt, wie hoch der prozentuale Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Sportvereinen ist, auch bezogen auf die alten und die neuen Bundesländer. Wie kann der Zugang zum Sport verbessert werden?

Frau Prof. Dr. Weiss erklärt, dass dazu keine Aussagen vorliegen. In Brandenburg gibt es u.a. auch Sportvereine, die auf die Comunitys zugehen. Dies ist aber von Verein zu Verein sehr unterschiedlich.

Frau Drohla hebt hervor, dass sich der Jugendhilfeausschuss bereits mit den Sprachstandserhebungen in Kitas befasst hat. Hier sollen dann zukünftig auch die Kinder mit Migrationshintergrund einbezogen werden. Bei ausländischen Schülern, die nach Potsdam kommen und nicht die deutsche Sprache sprechen, erfolgt im Bürgerservice eine Beratung und Empfehlung an eine Schule. Sie bittet, dass der Bürgerservice intensiver mit dem Jugendmigrationsrat zusammen arbeitet. Sie hat Informationen, dass ausländische Jugendliche oft an der Tür von Diskotheken abgewiesen werden, weil ihre Anwesenheit Probleme bringen könnte.

Herr Liebe fragt, wie lange man einen Migrationshintergrund hat.

Frau Prof. Dr. Weiss erklärt, dass dies in der 4. Generation nicht mehr relevant ist. Es sei denn, der ausländische Pass liegt noch vor. Auf jeden Fall zählt die erste und zweite Generation, wenn diese sich einbürgern lassen, noch zu den Personen mit Migrationshintergrund.

Herr Harder erklärt, dass männliche junge Gruppen oft aggressiv und frauenfeindlich in Diskotheken auftreten und somit Probleme entstehen. Generell werden junge ausländische Menschen aber nicht abgewiesen.

Frau Prof. Dr. Weiss ergänzt, dass eine Abweisung begründet sein muss, z.B. weil die betreffenden jungen Männer bereits auffällig geworden sind.

Frau Dr. Müller regt an, dem künftigen Jugendhilfeausschuss nahe zu legen, sich intensiv mit diesem Thema in einer Sitzung zu befassen.

zu 5 Information zum Schulneubau Pappelallee

Frau Dr. Müller schlägt vor, den Tagesordnungspunkt „Information zum Schulneubau Pappelallee“ aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und der noch zu bewältigenden Themen von der Tagesordnung zu nehmen und zu Beginn der nächsten Sitzung aufzurufen.

Gegen den Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

zu 6 Zwischenbericht zum "Modellprojekt Lotsenservice beim Übergang Kita - Grundschule"

Herr Schweers gibt eine kurze Einleitung und erinnert nochmals an die Probleme, die bei der Suche nach Schulen, die in diesem Projekt mitarbeiten, aufgetreten sind.

Frau Kantak erörtert den Rahmen und die Ziele des Modellprojektes. Sie macht deutlich, dass der „Lotse“ nicht neben, sondern mit den Pädagoginnen arbeitet.

Sie erklärt die einzelnen Schritte des Modellprojektes und unterbreitet anschließend einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen.

Es sollte folgende zwei Teilprojekte geben:

1. Teilprojekt -Modellprojekt Schlaatz
2. Teilprojekt - nicht als Modellprojekt, sondern als Angebot zur Unterstützung für alle Potsdamer Kitas und Schulen bei der Qualifizierung des Übergangs Kita-Grundschule.

Herr Wernick-Otto macht deutlich, dass es aus seiner Sicht die Pflicht der Schule ist, sich die Kinder anzusehen, die zukünftig die Schule besuchen werden. Er fragt, ob in das Projekt auch die Eltern einbezogen werden.

Herr Liebe sieht eine gewisse Parallele zur Diskussion bezüglich der Sprachstandserhebungen. Auch hier werden Informationen an die Schule „zwangsübermittelt“. Dadurch könnte aus seiner Sicht eine Stigmatisierung der Kinder erfolgen. Er fragt, ob es ein Regularium gibt, um dies zu verhindern oder um diese Befürchtungen auszuräumen.

Herr Lehmann informiert, dass der Regionalarbeitskreis 2 zum Teilprojekt 2 bereits Interesse an der Teilnahme bekundet hat. Hier soll der Übergang der 5 bis 6-Jährigen - insbesondere bei Kindern aus Familien die bereits Hilfen zur Erziehung erhalten – erleichtert werden.

Frau Drohla fragt, aus welchen Gründen die drei anderen Schulen die Teilnahme am Modellprojekt abgesagt haben.

Frau Kantak gibt bekannt, dass es ein erstes Treffen der am Teilprojekt 1 beteiligten Einrichtungen gegeben hat. Jetzt wird ein entsprechendes Konzept erarbeiten, an dem auch die Eltern beteiligt werden. Die Einbindung der Eltern ist am Schlaatz ein Schwerpunkt.

Das Teilprojekt 2 wurde Ende Januar 2009 in die Lenkungsgruppe eingebracht. Es gibt aber die Möglichkeit, hier Interesse an der Teilnahme zu bekunden. Ansprechpartner hierfür ist das Jugendamt, Frau Figiel. Bezüglich der Nachfrage von Frau Drohla informiert sie, dass eine Schule abgesagt habe, weil diese nicht mit dem Träger der Kita gemeinsam das Projekt durchführen wollte. Eine weitere Schule hatte bereits andere Schwerpunkte gesetzt und hätte das Projekt nicht ohne zusätzliche Ressourcen geschafft. Die dritte Schule hat das Projekt abgelehnt, weil hier eher zusätzliche Sozialarbeit gewünscht wird.

Frau Knoblich fragt nach der Zielstellung des Projektes

Frau Kantak macht deutlich, dass die Schulen oft nicht wissen, was in den Kitas bereits an Bildungsarbeit erfolgt. Es ist wichtig, dass die Schulen einen Einblick in die Arbeit der Kita bekommen. Es gibt aber auch Eltern, die Angst haben, dass ihr Kind nicht den Ansprüchen der Schule genügt. Hier muss Vertrauen geschaffen werden.

Herr Messerschmidt bestätigt, dass es schwierig für die Grundschulen ist, sich ein Bild von den Kindern zu machen, die aus mehreren Kitas in ihre Schule kommen. Hier müssen die Kapazitäten erweitert werden.

Frau Dr. Müller fragt Frau Kantak, wann es sinnvoll wäre, dass sich der Jugendhilfeausschuss erneut mit dem Thema befasst.

Frau Kantak schlägt vor, das Modellprojekt Lotsenservice im Herbst erneut zu thematisieren.

zu 7 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 7.1 **Koordinierungsstelle Lokale Bündnisse Familie** **Vorlage: 08/SVV/1115**

Herr Lehmann erklärt, dass man im Lokalen Bündnis am Stern einstimmig dazu gekommen sei, dass diese einzurichtende Stelle nicht zu favorisieren ist.

Frau Schulze informiert, dass der Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 17.02.2009 diesen Antrag auch beraten hat. Dieser wurde dort zur internen Verständigung der einbringenden Fraktionen zurückgestellt. Das Jugendamt hat in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zugesagt, die Broschüren der einzelnen Bündnisse mit den Mappen des Babybegegnungsdienstes entsprechend zu verteilen. Sie weist auch darauf hin, dass lt. Aussage von Frau E. Müller im Ausschuss für Gesundheit und Soziales die Einrichtung einer Stelle ca. 55.000 Euro jährlich kosten würde.

Frau E. Müller bestätigt dies und macht darauf aufmerksam, dass es eine Unterstützung der Verwaltung durch den Familienkoordinator gibt. Eine komplette Stelle dafür zu schaffen, hält sie für äußerst problematisch, da die vernetzende Arbeit bereits durch den Familienkoordinator erfolgt.

Frau Knoblich bittet um Abstimmung über den Antrag.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Koordinierungsstelle für die Lokalen Bündnisse für Familien in Babelsberg, Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld und Nord-West zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 6

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 7.2 **Bürgerhaushalt 2009 - Liste der Bürgerinnen und Bürger**

Frau Strotzer stellt den Bürgerhaushalt vor und weist darauf hin, dass bei Annahme eines Vorschlages auch die Deckungsquelle für die Umsetzung benannt werden muss.

Wenn ein Antrag abgelehnt wird, muss auch dieses begründet werden.

Frau Dr. Müller bittet um Verständigung darüber, welche Punkte der Liste der Bürgerinnen und Bürger in die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses fallen. Sie schlägt vor, sich mit folgenden Punkten zu befassen:

Punkt 5 – Klärung des Jugendklubproblems in Potsdam,

Punkt 7 – Kinderfreundliche Stadt: freier Eintritt für Kinder in Potsdamer Museen,

Punkt 12 – Einrichtung weiterer Jugendstützpunkte,

Punkt 17 – Ausbau von Kultur- und Medienarbeit für Jugendliche und

Punkt 18 – Finanzielle Unterstützung der Jugendkulturarbeit.

Herr Wernick-Otto weist darauf hin, dass viele der genannten Punkte bereits im Jugendförderplan enthalten sind. Er regt an, zu überlegen, wie die Klärung des Jugendklubproblems erfolgen kann.

Frau Dr. Müller fragt, ob es außer den von ihr genannten Punkten weiter Vorschläge gibt.

Es werden keine weiteren Vorschläge vorgebracht.

Herr Harder äußert seinen Unmut darüber, dass keine Mittel für den Bürgerhaushalt vorhanden sind, die dann für die gewünschten Maßnahmen verwendet werden können.

Herr Wernick-Otto findet dies auch nicht befriedigend. Er hofft, dass die Vorschläge in Anträge der Fraktionen Eingang finden.

Herr van Leeuwen bemängelt, dass hier entschieden werden muss, welche anderen Maßnahmen bei Durchführung aufgelisteten Vorschläge entfallen sollen.

Frau Strotzer erklärt, dass den Bürgern in den Bürgerversammlungen immer deutlich gemacht wurde, dass keine zusätzlichen Mittel für den Bürgerhaushalt zur Verfügung stehen.

Sie informiert, dass z.B. der kostenlose ÖPNV für Schülerinnen und Schüler ca. 2,3 Mio. Euro kosten würde.

Herr Harder regt an, zukünftig einen konkreten Betrag für den Bürgerhaushalt einzustellen, um die Bürger entscheiden zu lassen, wie diese Mittel dann eingesetzt werden sollen.

Herr Wernick-Otto weist darauf hin, dass sich einige Vorschläge bereits in der Umsetzung befinden.

Er schlägt vor, die Liste zur Kenntnis zu nehmen und deutlich zu machen, dass die fünf durch die Ausschussvorsitzende genannten Vorschläge auch verfolgt werden sollten. Der Punkt 5 sollte dabei favorisiert werden.

Frau Krüger schlägt vor, die Kultur- und Medienarbeit für die Jugendlichen zu befördern und voranzubringen.

Herr Liebe weist darauf hin, dass es 1995 eine Zusage des Entwicklungsträgers Bornstedter Feld gab, dass dort zwei Jugendklubs gebaut werden sollten. Er fragt, wann dies umgesetzt wird.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass sich in der Textfassung des Bürgerhaushaltes vieles relativiert. Sie schlägt vor, dem Punkt 5 in der Rangliste des Jugendhilfeausschusses oberste Priorität zu geben. Dieses Votum sollte dann an die Fraktionen zur Weiterbearbeitung gegeben werden. Eine Deckungsquelle kann nicht angegeben werden, da die Höhe der benötigten Mittel nicht bekannt ist.

Der Punkt 7 sollte an dieser Stelle im Ranking unterstützt werden.

Bezüglich des Punktes 12 schlägt Frau Dr. Müller vor, den Schwerpunkt auf den Standort Bornstedter Feld zu legen. Die Finanzierung sollte durch den Entwicklungsträger erfolgen.

Der Punkt 17 ist primär in Federführung von Volkshochschule und Bibliothek. Dieser Vorschlag sollte aber ausdrücklich unterstützt werden.

Beim Punkt 18 ist der Lindenpark benannt. Der Trägerwechsel ist erfolgt und die Finanzierung wird gesichert.

Die Fraktionen werden aufgefordert, die benannten Voten zu unterstützen und die entsprechenden Deckungsquellen zu finden.

Herr Messerschmidt bittet, auch den Punkt 1 der Liste (Kostenloser ÖPNV für Schülerinnen und Schüler) zu unterstützen, da dies aus seiner Sicht wichtig ist.

Frau Schulze weist darauf hin, dass zu diesem Thema ein Workshop durchgeführt wird.

Frau Dr. Müller fragt, ob dieser Punkt mit aufgenommen werden soll.

Der Aufnahme des Punkte 1 wird zugestimmt.

zu 7.3 Haushaltssicherungskonzept 2009 - 2012 Vorlage: 09/SVV/0039

Frau Dr. Müller bittet um Verständigung dazu, ob alle Haushaltsdrucksachen gemeinsam beraten werden sollten oder ggf. der Wirtschaftsplan des KIS gesondert behandelt werden soll.

Die Ausschussmitglieder einigen sich auf eine gemeinsame Beratung aller Haushaltsdrucksachen.

Herr Schweers bringt den Haushalt des Fachbereiches Jugendamt ein und gibt Erläuterungen.

Er weist darauf hin, dass im Haushaltssicherungskonzept (HSK) keine konkreten Einzelmaßnahmen für den Fachbereich Jugendamt enthalten sind.

Herr Richter bringt den Wirtschaftsplan des KIS ein. Er betont, dass der Wirtschaftsplan deutliche Schwerpunkte bei der Sanierung von Kitas und Schulen setzt.

Er verweist auf das „Konjunkturpaket II“, dass noch nicht im Wirtschaftsplan enthalten ist. Der Jugendbereich wird hier aber noch zusätzlich ca. 2 Mio. Euro erhalten. Diese Liste wird schnellstmöglich nachgereicht.

Herr Liebe fragt, wofür die Restmittel des Konjunkturpaketes eingesetzt werden.

Herr Richter erklärt, dass die bisher gesetzten Prämissen fortgesetzt werden.

Frau Schulze spricht die Erstattung an private Unternehmen im Zusammenhang mit dem Monitoring für Schulessen an und fragt, an wen diese Mittel ausgereicht wurden.

Herr Schweers erklärt, dass dies die Mittel sind, die für das Monitoring eingestellt wurden, das durch die AWO und das SPI durchgeführt wird. Diese Mittel sind, wie auch im Konzept vorgestellt, für die Hausbesuche im Zusammenhang mit dem Monitoring vorgesehen, falls diese notwendig sind.

Frau Schulze bittet Herrn Richter eine Auflistung der Sanierungen der Sanitäranlagen in den Schulen und der Brandschutzmaßnahmen nachzureichen.

Herr Richter verweist auf die entsprechenden Mitteilungsvorlagen der Verwaltung aus denen diese Informationen hervorgehen.

Frau Schulze verweist auf die Maßnahmenübersicht im Wirtschaftsplan des KIS auf Seite 19 und stellt fest, dass für den Jugendklub „Off-Line“ in 2010 keine Mittel eingestellt sind.

Herr Richter erklärt, dass die entsprechenden Mittel in den Vorjahren vorgesehen waren und weist in diesem Zusammenhang auf die Kreditermächtigung für dieses Projekt hin. Er betont, dass die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

Frau Dr. Müller nimmt Bezug auf die Kita-Platz-Situation in Potsdam und fragt, ob der Haushalt in der mittelfristigen Planung so gestaltet ist, dass eine Verbesserung der Situation möglich und Vermeidung von Engpässen garantiert ist.

Frau E. Müller erklärt, dass es eine Liste gibt, in der die Neubauten und Sanierungen von Kindertagesstätten enthalten sind. Diese Maßnahmen sind so geplant, dass die Verwaltung den Bedarf decken kann. Ein „Puffer“ um die Wahlmöglichkeit der Eltern zu realisieren, ist nicht gegeben. Ein weiteres Problem ist aber auch, qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher für die pädagogische Arbeit in den Kitas zu bekommen.

Herr Wernick-Otto macht deutlich, dass mit einem sog. Puffer auch der Wettbewerb unter den Trägern etwas mehr belebt werden könnte. Er befürchtet, dass die für 2009 im Haushalt eingestellte Summe für die Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarung für die offene Kinder- und Jugendarbeit nicht ausreichend ist.

Herr Schweers erklärt, dass die Leistungsverträge erst zum 01.07.2009 geschlossen werden und deshalb die Summe ausreicht.

Das Haushaltsicherungskonzept wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 09/SVV/0040

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2009 mit doppischem Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Der Haushaltssatzung für den Teil des Fachbereiches Jugendamt wird zugestimmt.

zu 7.5 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2010

Vorlage: 09/SVV/0041

Der Eckwertebeschluss wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.6 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2009

Vorlage: 09/SVV/0087

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2009.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Dem Wirtschaftsplan für den Teil des Fachbereiches Jugendamt wird zugestimmt.

zu 8 Anträge

zu 8.1 Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarung für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 09/SVV/0025

Herr Schweers bringt die Drucksache ein und erläutert diese.

Er bringt **folgende Änderung zur Anlage 2** (Richtlinie zur Finanzierung von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit) ein:

Der Punkt 3.4 (Pädagogische Sachkosten) wird von 3.500 Euro auf 4.000 Euro pro Einrichtung/Jahr korrigiert.

Des Weiteren wird die Richtlinie um einen **Punkt 3.10** wie folgt erweitert:

Der Fachbereich Jugendamt kann bei Nachweis besonderer Bedingungen Abweichungen von den Festlegungen der Punkte 3.2 und 3.9 zulassen.

Herr Wernick-Otto fragt, warum bei den pädagogischen Sachkosten und Honoraren die Einrichtungen und nicht die Personen als Rechnungsgrundlage genommen wurden.

Herr Schweers erklärt, dass dies so erfolgt ist, weil fast alle Einrichtungen zwei pädagogische Mitarbeiter haben.

Frau Dr. Müller schlägt vor, die Drucksache zu beschließen und in der nächsten Sitzung die fachliche Diskussion dazu zu führen.

Frau Schulze bittet um Auskunft zu den Kosten für die externe Evaluierung.

Herr Wernick-Otto schlägt vor, die Leistungsverträge in einem halben Jahr erneut zu thematisieren.

Beschlusstext:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

1. die Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.01.2009.
2. Grundlagen hierfür bilden:
 - die sechs Arbeitsfeldbeschreibungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit (**Anlage 1**) sowie
 - die Richtlinie zur Finanzierung von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit gemäß § 74. i.V.m. §§ 11, 13 und 14 SGB VIII der Landeshauptstadt Potsdam (**Anlage 2**).
3. Die Einführung von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen in den Jahren 2009/ 2010 ist extern zu begleiten und zu evaluieren. Eine Zwischenberichterstattung erfolgt im Frühjahr 2010, eine Abschlussberichterstattung im Frühjahr 2011 im Jugendhilfeausschuss.

Mit folgenden Änderungen:

Der Punkt 3.4 (Pädagogische Sachkosten) wird von 3.500 Euro auf 4.000 Euro pro Einrichtung/Jahr korrigiert.

Des Weiteren wird die Richtlinie um einen Punkt 3.10 wie folgt erweitert:

Der Fachbereich Jugendamt kann bei Nachweis besonderer Bedingungen Abweichungen von den Festlegungen der Punkte 3.2 und 3.9 zulassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

**zu 8.2 Anerkennung des Vereins Chill out e.V. als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII
Vorlage: 09/SVV/0157**

Beschlusstext:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Anerkennung des Vereins Chill out e.V. als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII auf der Grundlage der Satzung des Vereins vom 16.12.2004.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 8.3 Anerkennung des Vereins zur Förderung innovativer Wohn- und Lebensformen e.V. als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII
Vorlage: 09/SVV/0158**

Beschlusstext:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Anerkennung des Vereins zur Förderung innovativer Wohn- und Lebensformen e.V. als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII auf der Grundlage der Satzung des Vereins vom 12.10.2003

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 9 Sonstiges

Frau Parthum weist auf das als Tischvorlage ausgereichte Fortbildungsprogramm für pädagogische Fachkräfte hin und erläutert dies kurz.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 26. März 2009; 16:30 Uhr

**Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**